



## Auszug aus der Niederschrift über die 36. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 24.11.2022  
Beginn: 17:30 Uhr  
Ende: 18:06 Uhr  
Ort, Raum: Sitzungssaal des Alten Rathauses in Langenzenn,  
Prinzregentenplatz 1

### Öffentlicher Teil

#### 2. Öffentliche Telefonie hier: Einstellung der Telekommunikationsdienste an öffentlichen Tele- fonstellen

##### Sachverhalt:

Die Deutsche Telekom informiert über die Planungen zur schrittweisen Abschaltung der öffentlichen Telefonie.

Das Schreiben der Deutschen Telekom mit den Details zu den Planungen wird dem Ausschuss bekannt gegeben.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

#### 3. Förderrichtlinie der Stadt Langenzenn zur Bezuschussung Photovoltaik- anlagen

##### Sachverhalt:

Der Werkausschuss hat dem Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN auf Bezuschussung der Neuinstallation von Photovoltaik-Dachanlagen zugestimmt und die Verwaltung beauftragt entsprechende Förderrichtlinien auszuarbeiten.

Grundsätzlich bestehen zwei Fördermöglichkeiten:

- a) durch die Stadtwerke Langenzenn im Rahmen eines Kundengewinnungs- bzw. Kundenbindungsprogrammes (steht bei dieser Beratung nicht zur Entscheidung an, müsste vom Werkausschuss beschlossen werden)
- b) durch die Stadt Langenzenn als freiwillige Leistung aus allgemeinen Haushaltsmitteln. Hierüber berät nachfolgend der Hauptausschuss.

Die von den Stadtwerken vorgeschlagenen Förderrichtlinien beinhalten folgende Eckpunkte:

- Gewährung eines Zuschusses von 75€ je KWp installierter Leistung durch die Stadt Langenzenn für neu errichteten PV-Anlagen ab einer Größe von 3,0 KWp bis 15,0 KWp
- Gewährung eines Zuschusses mit 75€ je KWh durch die Stadt Langenzenn für Batteriespeicher für PV Anlagen ab einer Größe von 3,0 KWh bis 15,0 KWh Speicherkapazität
- Beginn der Fördermaßnahme zum 01.01.2023, vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln bzw. deren rechtsaufsichtliche Genehmigung.

Stadtrat Erhart stellt einen Antrag zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Immobilien zur Stromversorgung.

Der Antrag liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat ein Förderprogramm zur Förderung von Photovoltaikanlagen zu beschließen. Das Förderprogramm enthält folgende Eckpunkte:

- Gewährung eines Zuschusses von 75€ je KWp installierter Leistung durch die Stadt Langenzenn für neu errichteten PV-Anlagen ab einer Größe von 3,0 KWp bis 15,0 KWp
- Gewährung eines Zuschusses mit 75€ je KWh durch die Stadt Langenzenn für Batteriespeicher für PV-Anlagen ab einer Größe von 3,0 KWh bis 15,0 KWh Speicherkapazität

Inkrafttreten der vorliegenden Förderrichtlinie zum 01.01.2023, vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln bzw. der rechtsaufsichtlichen Genehmigung des Haushalts 2023.

Maßgeblicher Zeitpunkt für die Förderung ist die Inbetriebnahme der Anlage. Nachgerüstete Batteriespeicher, die an Bestandsanlagen nach dem 01.01.2023 in Betrieb genommen werden, können ebenfalls gefördert werden. Fördermittel werden nur auf Antrag gewährt und in der Reihenfolge der Inbetriebnahme ausgereicht.

Der Hauptausschuss beschließt eine Deckelung des Fördertopfes auf 50.000 €.

**mehrheitlich beschlossen**

**Dafür: 6 Dagegen: 2**

## **4. Anträge und Anfragen**

### **4.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; hier: Erstellung eines Verkehrsgutachtens zum möglichen Kita Standort Milchgasse**

#### **Sachverhalt:**

In der Sitzung des Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 25.10.2022 wurde Seitens der SPD-Stadtratsfraktion beantragt, für den möglichen Kita-Standort Milchgasse ein Verkehrsgutachten zu erstellen.

Der Antrag liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

#### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss stimmt dem Antrag zu. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Verkehrsgutachten für den geplanten Kita-Standort Milchgasse erstellen zu lassen.

mehrheitlich abgelehnt

Dafür: 3 Dagegen: 5

**4.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion;  
hier: Erstellung eines Lärmgutachten zum möglichen Kita Standort in  
der Kapell-Leite**

**Sachverhalt:**

In der Sitzung des Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 25.10.2022 wurde Seitens der SPD-Stadtratsfraktion beantragt, für den möglichen Kita-Standort Kapell-Leite ein Lärmgutachten zu erstellen.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss stimmt dem Antrag zu. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Lärmgutachten für den geplanten Kita-Standort Kapell-Leite erstellen zu lassen.

mehrheitlich abgelehnt

Dafür: 3 Dagegen: 5

**4.3. Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen;  
hier: Bildung einer Projektgruppe zum Thema "Wohnen im Alter"**

**Sachverhalt:**

Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN stellt einen Antrag, aus den Mitgliedern des Rates, eine Projektgruppe „Wohnen im Alter“ zu bilden.

Die Projektgruppe soll sich mit wichtigen Themen intensiv auseinandersetzen, den tatsächlichen Bedarf ermitteln, sich über bereits bestehende Wohnmodelle informieren, Fördermöglichkeiten ausloten, um so den Ausschüssen Entscheidungsgrundlagen für Standort, Finanzierung und Wohnform zu geben.

Die Fachexpertise Dritter wird hinzugezogen.

Der Antrag liegt Niederschrift als Anlage 3 bei.

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss beschließt, dem Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zuzustimmen und somit die Errichtung einer solchen Projektgruppe.

einstimmig beschlossen

Dafür: 8 Dagegen: 0

**4.4. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion bzgl. des Notarztstandortes Langenzenn**

**Sachverhalt:**

Zu der Anfrage nimmt der zuständige Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Nürnberg (ZRFN) wie folgt Stellung:

„Wie bereits Herr Staatsminister Herrmann in der Pressemitteilung des StMI vom 06. Oktober 2022 zur Vorstellung der Notarztstudie erläutert hat, soll die Studie Anregungen für die zuständigen Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF) und die Kassenärztliche Vereinigung (KVB) bieten, die Notarztversorgung in Bayern weiterzuentwickeln. Herr Staatsminister Herrmann hat darauf hingewiesen, dass die Ersteller der

Notarztstudie, aufbauend auf den Ergebnissen der Ist-Stand-Analyse, ein Planungsszenario entwickelt haben. Dabei wird aber auch der Einsatz von Telenotärzten berücksichtigt.

Die Einführung des Telenotarztdienstes im Rettungsdienstbereich Nürnberg sowie die Evaluierung der tatsächlichen Auswirkungen dieser Veränderung auf die Versorgungssituation sind völlig offen und der Zeitpunkt der Einführung des Telenotarztdienstes bisher auch noch gar nicht bekannt.

Der Notarztstandort Langenzenn wurde nach Vorliegen der letzten Notarztstudie aus dem Jahr 2010 im Jahr 2013 als zusätzlicher, neuer Standort in Betrieb genommen. Hintergrund waren damals neu gesetzte gutachterliche Maßgaben zur zeitlichen Erreichbarkeit von Einsatzorten durch den Notarzt. Unabhängig davon, dass die Einführung und danach notwendige Evaluierung der lokalen Auswirkungen des Telenotarztdienstes ausstehen, besteht aus Sicht des Zweckverbands auch noch fachlicher Klärungsbedarf zur Einschätzung des Notarztstandorts Langenzenn in der aktuellen Notarztstudie, der auf eine bereits erfolgte erste Anfrage noch nicht ausgeräumt werden konnte. Warum ein im Jahr 2010 als zusätzlich notwendig erachteter Notarztstandort Langenzenn nunmehr für die Erreichung der Versorgungsstandards, die nicht herabgesetzt wurden, entbehrlich sein kann, ist für unseren Verbandsvorsitzenden Landrat Dießl und die Geschäftsstelle des Zweckverbands aktuell zumindest noch nicht gänzlich nachvollziehbar.

Eine „Schließung“ des Notarztstandorts Langenzenn ist durch den ZRFN somit aktuell nicht geplant. Die Einführung und Bewertung der Auswirkungen des Telenotarztdienstes und die Klärung der konkret den Standort Langenzenn betreffenden fachlichen Fragen bleiben jedenfalls abzuwarten.“

Die Verwaltung hat den Zweckverband gebeten diesen auf dem Laufenden zu halten.

Der Antrag liegt der Niederschrift als Anlage 4 bei.

### **Beschluss:**

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

## **5. Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

## **6. Sonstiges**

### **6.1. Bürgerversammlung in den Außenorten**

#### **Sachverhalt:**

Stadtrat Durlak erkundigt sich, ob auch in den Außenorten wieder Bürgerversammlungen stattfinden werden.

Erster Bürgermeister Habel teilt mit, dass bei genügend Themen im nächsten Jahr auch Bürgerversammlungen in den Außenorten stattfinden können.

### **6.2. Sachstand Kidsclub am Denkmalplatz**

#### **Sachverhalt:**

Stadtrat Durlak bittet um einen Sachstandsbericht zum Einzug des Kidsclub in der Immobilie „Denkmalplatz“.

### **6.3. Antrag zur Weihnachtsfeier des Stadtrates**

#### **Sachverhalt:**

Stadtrat Durlak beantragt, dass die Weihnachtsfeier des Stadtrates künftig getrennt von einer Stadtratssitzung stattfinden soll.

### **6.4. Einstellung des Schreibens zur LGS**

#### **Sachverhalt:**

Stadträtin Osswald bittet um Einstellung des gesamten Schreibens des Landratsamtes Fürth zur Landesgartenschau ins Ratsinformationssystem.